

Krise ohne Konflikt?

Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer: *Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen*. Hamburg: VSA, 2011. 150 S., 12,80 Euro.

Im Zentrum der explorativ angelegten Untersuchung steht die Frage, wie Lohnabhängige auf die anhaltende Wirtschaftskrise reagieren. Das Hauptaugenmerk gilt dabei insbesondere Konfliktpotenzialen, die aus den empirisch rekonstruierten Interessen- und Handlungsorientierungen der Befragten folgen könnten. Empirische Basis der Studie sind fünf Gruppendiskussionen und 20 Einzelinterviews, die mit Beschäftigten aus Betrieben der Metall-, Elektro-, Textil- und Bekleidungsindustrie geführt wurden, vornehmlich Betriebsräten und Vertrauensleuten.

Damit knüpfen die Verfasser an die Tradition der Lohnabhängigenbewusstseinsforschung an, die einst – mit einem theoretischen und publizistischen Höhepunkt in den 1970er Jahren – zu den Kerngebieten der deutschen Soziologie gehörte. In der Vergangenheit war die Frage nach dem Bewusstsein von Industriearbeitern und Angestellten dabei in der Regel nicht nur eine nach den Konfliktpotenzialen, die Lohnarbeit immer noch barg, sondern auch nach den Konstitutionsbedingungen von «Klassenbewusstsein». Eine derartige Ausrichtung von «Bewusstseinsforschung» an Konflikt- und Kollektivitätspotenzialen wich im Laufe der 1980er Jahren Paradigmen, die in stärkerem Maße individuelle bzw. subjektive Bewältigungsstrategien von Arbeitenden in den Vordergrund rückten. Bereits der Versuch, den die Verfasser mit der vorliegenden Studie unternehmen, diese ältere Forschungsstra-

dition zu aktualisieren und dadurch Folgeforschung zu ermöglichen, kann als Verdienst gelten.

Denn immerhin: Wenn heute über politische Folgen und Handlungsspielräume innerhalb eines sich durchsetzenden «Kapitalismus pur» diskutiert wird, kommt früher oder später das Bewusstsein der Menschen ins Spiel, die man erreichen, mobilisieren, ja, an deren Emanzipation man mitwirken will. Für die Einen ist heute beispielsweise klar, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise noch nicht bei den Menschen angekommen ist, dementsprechend sei es um das Bewusstsein bestellt und daher der Handlungsspielraum für Linke begrenzt. Die Implikation: Geht es den Menschen erst schlechter, setzen möglicherweise Lernprozesse ein, die neue politische (Spiel-)Räume öffnen können. Spiegelverkehrt dazu, aber in der politischen Konsequenz identisch, verhält sich hingegen eine Position, die dem Neoliberalismus eine durchschlagend entsolidarisierende Wirkung auf die Subjekte zuspricht, die beispielsweise zu konkurrenzgetriebener Individualisierung führt oder dem neuen Rechtspopulismus Auftrieb gibt. Auch hier: Politisch wenig zu machen. Gerade die zentrale Bedeutung, die entsprechende Spekulationen für linke Strategiedebatten besitzen, verleihen der vorliegenden Untersuchung ihren kaum zu überschätzenden Wert. Denn abgesehen von ebenfalls sehr lesenswerten empirischen Ergebnissen der Jenaer Arbeits- und Wirtschaftssoziologie einerseits, der Bielefelder Forschung zu «Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit» andererseits sind Publikationen, die mehr bieten als standardisierte Meinungsumfrage, nämlich Mangelware.

Dabei ist es den Verfassern der Studie wichtig, den Zusammenhang zwischen

betriebs- und gesellschaftsbezogenen Deutungen hervorzuheben. Bereits der Untersuchungsansatz, welcher der Studie zu Grunde gelegt wird, bemüht sich um eine Integration beider Ebenen, wenngleich der Betrieb als Erfahrungsraum in den Fokus gerückt wird. Während dieser Erfahrungsraum, so die Verfasser kritisch, in gängigen Umfragen kaum Berücksichtigung findet – wodurch der Betrieb als Ort von Interessenkonflikten und Konflikterfahrungen aus dem Blick gerückt wird –, legen die Verfasser ihr Hauptaugenmerk auf die betriebsbezogenen Deutungen der Befragten, ohne dabei allerdings gesellschaftliche und politische Zusammenhänge auszublenden. Dieses Vorgehen macht den Blick frei für eine Kontinuität von Krisenerfahrungen. Seit Jahrzehnten habe der ökonomische Druck in den Betrieben zugenommen. Erfahren werde von den Befragten «ein Wettbewerbsregime, das sich durch permanente betriebliche Restrukturierungsprozesse mit neuen Prozess- und Produktinnovationen, Standortverlagerungen, Outsourcing, Umdefinition von Kerngeschäftsfeldern usw. auszeichnet» (S.62). Vor diesem Hintergrund wird die gegenwärtige Krise gedeutet. Sie wird zwar als erkennbare Zäsur durch die Beschäftigten gesehen, «ordnet sich aber in zyklusübergreifende Krisenerfahrungen ein» (S.62), mehr noch, die Wahrnehmung der Wirtschaftskrise wird «maßgeblich gesteuert durch die jeweilige betriebliche Situation im eigenen Fall» (S.63).

Was sind die zentralen Befunde der mit 150 Seiten schmalen qualitativen Untersuchung? Erstens stellen die Verfasser fest, dass die Befragten nicht erst seit Ausbruch der anhaltenden Wirtschaftskrise Krisenerfahrungen machen. Die «Krise», verstanden als eine permanente Verunsicherung, gehört vielmehr zum sich verfesti-

genden Bestand betrieblicher Alltagserfahrungen. «Krise» bedeutet für die Befragten zunächst einmal der «fortwährende Druck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen ... Als «Krise» wird die beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb bezeichnet: Verlagerung, Outsourcing, Kostensenkungsprogramme, zunehmende Intensität der Arbeit usw.» (S.137). Mit anderen Worten: Über die Jahre sei ein krisengeprägter (kollektiver) Erfahrungsschatz entstanden, der die Verarbeitung der heutigen Wirtschaftskrise beeinflusst. Die globale Wirtschaftskrise aktualisiere diese gewissermaßen nur mehr. Zweitens beschränken sich diese Krisenerfahrungen, so die Studie, nicht allein auf betriebliche Probleme, sondern entfalten sich zu Formen einer Legitimationskrise des gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Gerade weil die unternehmerischen Eliten im eigenen Betrieb von den Befragten nicht für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht werden können, verschiebt sich die Kritik auf Gesellschaft, Staat und Politik. Vorherrschend sei bei den Arbeitenden eine Grundhaltung der Wut und der Angst: «Wut auf die Banker, auf den Staat und die Politiker und Angst, die eigene Existenz nicht mehr sichern zu können» (S.102). Drittens entwickeln sich vor dem Hintergrund bereits früher gemachter Verunsicherungen im Zuge der Wirtschaftskrise neue Angsterfahrungen, die sich mit einer Art Zukunftspessimismus verbinden. Die als permanent gedeuteten betrieblichen Krisenprozesse münden, auch aufgrund nur geringen Zutrauens in die eigene Handlungsmacht, eher in Resignation. Diese Resignation bzw. die ihr zu Grunde liegenden Ohnmachtsgefühle speisen sich gerade aus einem nüchternen Realitäts-

sinn der Befragten, aus einer «realistischen Einschätzung der ökonomischen Abhängigkeiten und der sozialen Macht- und Kräfteverhältnisse» (S.104). Viertens werden die Legitimationsprobleme von Staat und Politik durch Ohnmachtsgefühle und fehlendes Orientierungswissen blockiert. Typisch sei eine Art Hin- und Herwechseln zwischen «abstrakter Protestorientierung und konzessionsförderlichen Ohnmachtserfahrungen» (S.107).

Allerdings, darauf weisen die Verfasser ausdrücklich hin, sollten diese Ohnmachtsgefühle nicht mit «Fatalismus» verwechselt werden. Diese Feststellung ist zentral, da sie Implikationen für die Bewertung der politischen Handlungsperspektiven enthält, die die Verfasser entwickeln. Ich zitiere die zentrale Schlussfolgerung daher im Zusammenhang: «[E]s wird zugleich erhebliches, allerdings recht diffuses Protestpotenzial sichtbar. Die erhobenen Aussagen signalisieren eine sehr große Unzufriedenheit, die sich in vielen Fällen mit wenig Hoffnung auf baldige Veränderung verbindet. Dennoch lässt diese Wut weder auf Apathie noch Fatalismus schließen. Es handelt sich um hoffnungslose Unzufriedenheit, um Einrichten in die Lage, um den Wunsch, diese zu verändern und um die Ratlosigkeit darüber, wie das gehen könnte. Die Wut ist schon länger da, auch schon vor der Krise, und sie hat sich aufgestaut. Aber sie hat meist keinen konkreten Adressaten und wenn, dann scheinen die Adressaten meist unerreichbar. Für die meisten der Befragten finden sich die «Schuldigen» – die Verursacher der Krise – nicht im Betrieb ... Aber daraus folgt keine Distanzlosigkeit zum Arbeitgeber und zu betrieblichen Herrschaftszusammenhängen. Der Interessengegensatz wird auch auf betrieblicher – und nicht nur gesellschaftlicher – Ebene

wahrgenommen. Die Konzessionen an das Unternehmen erfolgen eher «zähneknirschend» anstatt mit Überzeugung, mit dem lokalen Management in einem Boot zu sitzen.» (S.140f.)

Mehr noch, Wut und Empörung richten sich auf Gesellschaft, Staat und Politik, wodurch plastische Widerstandsphantasien genährt werden, so die Verfasser weiter. Insbesondere Staat und Politik «kommen ... sehr schlecht weg ... Politiker sind korrupt und der Staat generell machtlos...» (S. 144). Die Verfasser nennen diese Art von Wut an anderer Stelle «adressatenlos» (S.142). Obwohl sich so Empörung und Wut nicht nur empirisch nachzeichnen, sondern als Hinweise auf manifeste Legitimationsprobleme von Staat und Politik deuten lassen, gipfeln sie kaum in betrieblichen oder überbetrieblichen Formen kollektiver Interessenpolitik, sondern «lediglich» in Protestphantasien. Was die Verfasser damit aber indirekt auch sagen: Mobilisierungen, kollektive Kämpfe scheitern nicht so sehr an der Hegemoniefähigkeit der unternehmerischen Eliten, die die Beschäftigten in betriebliche (und wirtschaftssektorale) Bündnisse einbinden, indem sie deren Interessen in einen tragenden Konsens einbinden. Im Gegenteil, es sind ihrer Meinung nach eher fehlendes Orientierungswissen und verbreitete Ohnmachtsgefühle, die verhindern, dass aus Wut und Empörung Widerstand wird.

Inhaltlich positionieren sich die Verfasser mit ihren Befunden in Gegensatz zu Thesen, die insbesondere von den bereits oben erwähnten Forschergruppen in Jena und Bielefeld auf der Basis eigener empirischer Forschungen ausgearbeitet wurden. An dieser Stelle kann ich die entsprechenden Befunde nicht differenziert darstellen, hier mag so viel genügen: Die Jenaer Soziologen Hajo Holst, Ingo Matuschek und

Klaus Dörre entwickeln die plausible Annahme, dass der Betrieb vor dem Hintergrund einer gleichzeitig bei befragten Beschäftigten rekonstruierbaren Empörung über gesellschaftliche Entwicklungen (ja: Gesellschaftskritik) als eine Art «sicherer Hafen» in einer ansonsten stürmischen – gesellschaftlichen – See wahrgenommen werde. Während sich so eine Art gesellschaftsbezogener Antikapitalismus herausbilde, entfalte der Betrieb trotz Konflikterfahrungen eine größere Integrationskraft – eine Feststellung, die nicht gleichbedeutend ist mit der Unterstellung eines harmonischen «Betriebsbewusstseins». Die entsprechenden Orientierungen der Beschäftigten, die Dörre, Holst und Matuschek auf der Basis quantitativer und qualitativer Befragungen herausarbeiten, fassen sie bündig im Slogan «schlechte Gesellschaft, guter Betrieb» zusammen. Demgegenüber heben die Verfasser der vorliegenden Studie eine Kontinuität zwischen betriebs- und gesellschaftsbezogener Unzufriedenheit hervor. Porträtieren sie den Betrieb als Unruheherd und zentralen Erfahrungsraum kollektiver Interessenkonflikte, hebt die Jenaer Forschergruppe trotz empfundenen Drucks und betrieblicher Prekarisierungserfahrungen gerade vor dem Hintergrund allgemeiner Verunsicherung die Integrationsfähigkeit des Betriebs hervor. Das ist kein unbedeutendes Detail, diese Differenz hat weitreichende interessenpolitische Konsequenzen, machen die Jenaer Befunde doch einen besonderen interessenpolitischen Handlungskorridor sichtbar: Die Angst vor dem Verlust betrieblicher Errungenschaften kann disziplinieren; möglicherweise Beschäftigte dazu veranlassen, exklusive Formen der Solidarität zu entwickeln, in denen Randbelegschaften zum Wohle der Kernbelegschaft

flexibel auf- und abgebaut werden können, oder auch die Integrationsbereitschaft in korporatistische betriebliche Bündnisse erhöhen. Trotz dieses auf den ersten Blick klaren Unterschieds zwischen den Befunden ist der von den Verfassern selbst in der Einleitung ihrer Studie angelegte Widerspruch zwischen beiden Perspektiven keinesfalls zwingend: Selbst dann, wenn der eigene Betrieb als Unruheherd empfunden wird, mag er vor dem Hintergrund der als unsicher gedeuteten gesellschaftlichen Verhältnisse eben doch als «Spatz in der Hand» gesehen werden – wenn auch nicht als «ruhiger Hafen» in stürmischer gesellschaftlicher See. Mit einer derartigen Diagnose werden Problem- und Fragestellungen aufgeworfen, die die Verfasser selbst in ihrer Studie zwar berühren, aber kaum weitergehend behandeln. Zu analysieren und zu erklären wären die subjektiven und kollektiven Integrationsleistungen von Menschen, denen – auf der Basis empirischer Ergebnisse – gerade kein harmonisches Interessen- und Gesellschaftsbewusstsein unterstellt werden kann. Hinweise und Anknüpfungspunkte dafür finden sich beispielsweise bei zwei Klassikern der Lohnabhängigenbewusstseinsforschung: Einmal in «Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein von Arbeitern» (Werner Kudera, 1979), in dem pragmatische Arrangements der Arbeitenden mit den von ihnen kritisierten betrieblichen und sozialen Verhältnissen rekonstruiert werden, zum anderen in der Untersuchung von Rainer Zoll und Henri Bents *Arbeiterbewusstsein in der Wirtschaftskrise* (1981, 1984), die komplexe Deutungsmuster der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre nachzeichnet und dabei eher subjektiv passiv machende oder eher für mobilisierende Lernprozesse öffnende Verarbeitungsweisen freilegt.

Angesichts des explorativen Charakters der Untersuchung fallen auch ihre offensichtlichen Schwächen kaum ins Gewicht. Im Gegenteil, sie regen vielmehr zu weiterer Forschung an. Allerdings können sie auch nicht vernachlässigt werden. Mit 20 Einzelinterviews und fünf Gruppendiskussionen, deren Inhalte nicht systematisch interpretiert, sondern allenfalls exemplarisch dargestellt werden, darf die Untersuchung tatsächlich nicht als mehr gelten, als ihre Autoren selbst beanspruchen, nämlich explorativ zu sein. Das gilt um so mehr, als mit Betriebsräten und Vertrauensleuten, die in Bildungsstätten der IGM interviewt wurden, Beschäftigte befragt wurden, von denen angenommen werden darf, dass sie über ein im Vergleich zu weniger gewerkschaftlich engagierten Kollegen überdurchschnittlich ausgeprägtes politisches Bewusstsein verfügen. Inwiefern die Ergebnisse der vorliegenden Studie verallgemeinerbar sind, darf daher bezweifelt werden – immerhin aber regen sie weitere Untersuchungen an, ja, sie zeigen, wie wichtig sie wären. Die zweite zentrale Schwäche betrifft den trotz des qualitativen Samples gewählten Umgang mit den Daten selbst. Für den Leser werden zentrale Befunde anhand von Auszügen aus Gruppendiskussionen und Einzelinterviews belegt – an keiner Stelle wird es aber möglich, diese nachzuvollziehen. Abgesehen davon, dass man als Leser die Auslegung der nur (sehr) selektiv dargestellten Interviews und Diskussionen glauben muss, entsteht ein ganz anderes Problem: Die subjektiven Bearbeitungsweisen, innerhalb derer einzelne Aussagen bzw. Deutungen stehen, werden nicht offen gelegt. Die so dargestellten Interessen- und Handlungsorientierungen sind zwar bereits an sich interessant – ob sie aber interessenpolitisch mobilisierend wirken, ob

sie nach links oder rechts gewendet werden können, all das ist auf der Basis der Befunde unklar, muss Spekulation bleiben.

Stärker ins Gewicht fällt hingegen das Versäumnis, systematischer die Handlungsrelevanz der in der Studie rekonstruierten Orientierungen herauszuarbeiten. Die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit und gespürter (permanenter) Krisenbetroffenheit zu attestieren, ist das eine; auszuloten, in welchen «Bewusstseinszusammenhängen» diese stehen, wie diese zum Zwecke der eigenen Handlungsfähigkeit individuell und kollektiv verarbeitet werden (welche Kompromissbildungen zwischen verschiedenen, selbst in der Praxis sich nicht harmonisch zueinander verhaltenden Interessen – z.B. an Beschäftigungssicherheit, an möglichst hohem Einkommen, an Gesundheit – entstehen) oder welche Formen der Realitätsbewältigung Menschen wählen, um eigene Identitätskrisen zu verhindern, das ist das andere. Gerade empirische Aufklärung über Letzteres ist aber für die Beantwortung der Frage nach den (interessen)politischen Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise entscheidend.

Trotz dieser Schwächen regt die Studie zu weiteren Untersuchungen des «Krisenbewusstseins» an, eine Forschung allerdings, in der eine größere Repräsentativität wünschenswert wäre, die gleichwohl nicht auf Kosten der interpretativen Schärfe gehen sollte (die auch die Verfasser vermissen lassen). Politisch sind die Ergebnisse ohnehin augenöffnend, da sie zumindest ein schwaches Licht in das Dunkel der Krisenreaktionen wirft. Es ist immerhin stark genug, um durchaus verbreitete Vorstellungen einer weitreichenden Integrationskraft des deutschen Krisenkorporatismus zu irritieren: Vieles in den Verarbeitungen scheint gebrochener und wider-

sprüchlicher zu sein. Und, wenngleich eine Binse, die Widersprüche sind bekanntlich unsere Hoffnung.

Thomas Goes

«A proven success!»

Zelimir Zilnik, «The old school of capitalism» (Serbien, 2009)

Zilniks Filme, so unterschiedlich sie auch sein mögen, haben etwas gemeinsam: Sie wenden sich alle gegen den Mythos des Helden und sind ästhetische Erfahrungen, die für eine Gesellschaft kämpfen, die keine Helden mehr braucht. Der 1942 in Njagorena und in Novi Sad lebende Filmmacher gehört zu den jugoslawischen 68ern und zur Generation jener Vertreter des Neuen jugoslawischen Films, dessen Werke als «Schwarze Welle» bezeichnet wurden. Man könnte ihn auch als den osteuropäischen Godard bezeichnen, wobei Godard nicht immer einen so hintergründigen Humor beweist wie Zilnik.

Zilnik war zunächst Fotograf und leitete bereits mit 18 ein kulturelles Zentrum in Novi Sad. Er fing in den frühen 60er Jahren an zu filmen und wandte sich von Anfang an sozialen Randgruppen zu, wie z. B. in *Die Arbeitslosen* oder *Journal über die Dorfjugend im Winter*. Beeinflusst vom russischen Film der 20er Jahre und dem zeitgenössischen französischen und italienischen Kino, entstanden die Filme der «Schwarzen Welle» als kritische Antwort auf den Nachkriegstrend der Partisanenfilme und wandten sich eher existenzialistisch dem Individuum und seiner Glückssuche zu als dem Kollektiv. Die 60er Jahre waren die interessanteste Zeit in Jugoslawien, politisch wie kulturell, es war für Künstler möglich, gesellschaftliche Widersprüche zu thematisieren und diese in einer avantgardistischen künstlerischen Formsprache zu artikulieren. Zilnik war seit seinem 18. Lebensjahr Mitglied im Bund der Kommunisten und begründete dies mit dem Parteiprogramm von 1958,